

Landwirte bezüglich der Reichstagswahlen zugestimmt hat, das sehr bald seinen Abschluß finden würde. Die Nachricht ist unzutreffend.

Der Deutsche Bauernbund rüht für die nächsten Reichstagswahlen. In einem Artikel seiner Korrespondenz über die Wahlausichten erklärt er:

Die eine Tatsache steht schon heute fest, keiner der großagrarischen Führer wird den nächsten Reichstag wiedersehen; sie werden alle zur Strecke gebracht werden ohne Ausnahme. Der Deutsche Bauernbund aber geht einer großen Zukunft entgegen, weil er neben den berechtigten wirtschaftlichen Interessen des Bauernstandes niemals die menschlichen Ideale eines vorwärtsstrebenden Kulturvolkes aus dem Auge verliert wird.

Es wäre zu wünschen, daß dieses Ziel wirklich erreicht würde.

Die Enzyklika-Interpellation im ungarischen Abgeordnetenhaus. Auf die Interpellation Thuroczys (Regierungspartei) im ungarischen Abgeordnetenhaus über die Veröffentlichung der Borromäus-Enzyklika durch den Erzbischof Baross erklärte der Ministerpräsident: Die Regierung werde sich zunächst die amtliche Kenntnis der Vorgänge verschaffen. Er glaube aber schon jetzt sagen zu können, daß eine Vorsatzlichkeit ausgeschlossen sei. Auf jeden Fall werde die Regierung es für ihre Pflicht erachten, eine Störung des konfessionellen Friedens hintanzuhalten und im Falle des Zuwiderhandelns den Frieden wiederherzustellen.

Der Kampf zwischen der österreichischen und der ungarischen Bundesregierung geht auch nach der in Ungarn erzielten parlamentarischen Regierungsmajorität in alter Schärfe weiter. Gestern haben die Verhandlungen der beiden Finanzminister über die Bankfrage begonnen. Das ungarische Kabinett fordert die Bestimmung eines fixen Termins zur Aufnahme der Barzahlungen, was Oesterreich bestimmt und entschieden ablehnt. Der Abschluß der Verhandlungen ist in die weite Ferne gerückt.

Die Ueberreichung des russisch-japanischen Abkommens in Berlin. Der russische sowie der japanische Botschafter brachten am Montag im Berliner Auswärtigen Amt den Wortlaut des zwischen ihren Ländern getroffenen neuen Abkommens zur Kenntnis. Die Botschafter bemerkten, der neue Vertrag bilde eine Ergänzung zum russisch-japanischen Abkommen von 1907 und bedeute eine weitere Bürgschaft für die Erhaltung des Status quo und des Friedens im fernem Osten. Es wurde auch darauf hingewiesen, der Grundsatz der offenen Tür bleibe unverändert. Staatssekretär von Schoen nahm die Mitteilung der beiden dankend entgegen und drückte die Erwartung aus, daß für Deutschland bei der Verfolgung seiner wirtschaftlichen Bestrebungen im fernem Osten der wichtige Grundsatz der offenen Tür aufrechterhalten bleibe. — Auch in Wien notifizierten der russische und der japanische Botschafter im österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußeren das neue, dem fernem Osten betreffende Abkommen.

Keine Amnestie für die Revolutionäre in Barcelona. In der Beratung über den Antrag auf Amnestie für die im Zusammenhang mit den Vorgängen von Barcelona Verurteilten erklärte Ministerpräsident Canalejas in der Kammer, daß er sich einer derartigen Maßnahme widersetzen müsse. Man fordere in revolutionärem Tone eine Amnestie, indem man drohe, die Regierung stürzen zu wollen. Man konspiriere im Inneren Spaniens unabhängig gegen den Staat und die Verfassung sei von Elementen organisiert, die auch in der Kammer vertreten seien. Der Sozialist Iglesias erklärte, die Sozialisten könnten sich allerdings nicht verpflichten, innerhalb der Grenzen der Gesetze zu leben. Falls die Regierung nicht so glücklich sein sollte, den Anstrengungen der Sozialisten die Wohlwollen entgegenzubringen, so würde sie die Ereignisse bedauern haben, die alle Welt schwer treffen würden.

Aus dem Königreich Sachsen.

Bernstadt, 13. Juli. Dem Tode nahe. Beim Läuten brach der Klöppel der großen Glocke auf der Kirche ab und fiel dem Glöckner direkt vor die Füße. Die Wucht des Falles wurde glücklicherweise dadurch gemindert, daß der Klöppel zuvor auf einen starken Balken aufschlug. Wäre das nicht geschehen, so hätte der über einen Zentner schwere Klöppel den Glöckner erschlagen.

Chemnitz, 13. Juli. Die Glaserauswertung aufgehoben. In der am Montagabend abgehaltenen Schlußsitzung der Glaserversammlung kam ein Schreiben, das von den Schülern eingegangen war, zur Besprechung, in dem sich die Glasergehilfen mit dem Spruch, der vom Schiedsgericht gefällt worden war, einverstanden erklärten. Infolgedessen wurde die Sperre vom Dienstag an aufgehoben und den Leuten mitgeteilt, daß sie die Arbeit am Mittwoch früh wieder aufnehmen können. Nach dem gefällten Schiedsspruch kommen sich beide Parteien entgegen.

Leipzig, 13. Juli. Die Lage in Leipziger Bauwerke ist immer noch ungelöst. Am vorigen Montag hielt der Verband der Bauarbeit, aber für Leipzig und Umgegend eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich unter anderem mit dem Antrag der Zimmerer, eine Verschönerung der durch den Dresdener Schiedsspruch festgesetzten Lohnerhöhung herbeizuführen, beschäftigte. Man kam zu entsprechenden Beschlüssen. Die Zimmerer und Bauhilfsarbeiter haben sich immer noch nicht zur Anerkennung des Tarifvertrages herbeigelassen. Mit dem 15. d. M. läuft die Frist ab, die für Beilegung sämtlicher bestehender Differenzen gestellt ist.

Döbeln, 13. Juli. Naturwissenschaftliches Seminar. Nach dem Beschluß des Kultusministers wird am 15. August d. J. am hiesigen Realgymnasium ein naturwissenschaftliches Seminar für Kandidaten des höheren Schulamtes eröffnet. In diesem Seminar, mit dessen Leitung Rektor Prof. Dr. Schmidt beauftragt ist, sollen die Kandidaten nach abgeschlossener Universitätsstudium in halbjährigen Kursen in die Praxis des naturwissenschaftlichen Unterrichts eingeführt werden. Das hiesige Realgymnasium ist für diese Kurse besonders geeignet, weil es wegen der mit ihm verbundenen höheren Landwirtschaftsschule ein bedeutendes Laboratorium und naturwissenschaftliche Sammlungen sowie geeignete Lehrkräfte hat.

Roßwein, 13. Juli. Talsperrungen. Hier tagte eine Versammlung von Wasserinteressenten an dem Projekt der Errichtung von Talsperrungen der Freiberger Mulde der Striegis und Bobritzsch. Nach eingehenden Erörterungen des Projekts — es sind sechs Talsperrungen im Gebiet geplant, die rund 15 Millionen Mark kosten würden — wurde eine Eingabe an die Staatsregierung beschlossen, in der um Bewilligung von Mitteln und Inangriffnahme der Vorarbeiten zur Verwirklichung des schon zehn Jahre lang schwebenden Projektes gebeten wird.

Von Stadt zum Land.

Gedenktage am 14. Juli: 1780 Erklärung der Bastille in Paris. 1830 R. G. L. v. Meißel, kgl. k. Staatsmann. 1861 Attentat Bickers auf König Wilhelm I. 1904 Paulus Krüger, Präsident der ehemaligen Südafrikanischen Republik, † Clarens. 1900 Verabschiedung des Fürsten Bismarck.

Wetterbericht vom 14. Juli. — 7 Uhr morgens.

Table with 6 columns: Stations-Name, Barometer-Stand, Temperatur nach Celsius, Feuchtigkeit, Max. Min., Windrichtung. Row 1: König Albert-Schiffe, 729, + 15, 71, + 88° C + 10° C, SW.

Am 14. Juli

Wetterbericht vom 14. Juli. — 7 Uhr morgens.

Für Radfahrer! Im Neubruck der Radfahrkarten ist infolge einer Aenderung eingetreten, als in der linken unteren Ecke der Karte Raum für die eigenhändige Unterschrift des Karteninhabers freigelassen ist. Die im Besitze der Radfahrer befindlichen Radfahrkarten alten Musters behalten auch weiterhin ihre Gültigkeit. Der Neubruck wird erst ausgegeben, wenn der alte Vorrat aufgebraucht worden ist.

Verstorbener Anwalt. Es dürfte noch in frischer Erinnerung sein, daß in letzter Zeit in der Neustadt mehrfach unsittliche Attentate auf Frauen und Kinder verübt wurden. Dem Täter gelang es regelmäßig, unerkannt zu entkommen. Nunmehr aber hat ihn die Nemesis erreicht. Gestern wurde auf dem hiesigen Bahnhof ein 24jähriger Schlosser aus Rodau verhaftet, der der Attentate bereits überführt ist. Außerdem steht er im Verdacht, in der Umgegend mehrere Morddelikte ausgeführt zu haben.

Keine Getreidebörsen und Wehren in den Mund nehmen! Bei der Getreideernte kommt es häufig vor, daß Schnitter und Schnitterinnen und auch nicht selten Spaziergänger Wehren und Getreideförderer in den Mund nehmen und lauen. Den wenigsten ist es jedoch bekannt, wie gefährlich dieser Genuß werden kann. An dem trockenen Getreide haften nämlich der Atinomycetpilz, der Erreger der gefährlichen Strahlpilzkrankheit (Atinomycose). Dieser gelangt in die Schleimhaut des Mundes oder durch hohle Zähne in den Körper und ruft eine Vergiftung hervor. Also Vorsicht!

Gartenstein, 14. Juli.

Ein Preis errungen. Beim 19. Bundesfest des Sächsischen Radfahrerbundes in Reichenbach i. B. vom 9. bis 12. Juli d. J. errang sich der bundesangehörige Radfahrklub Gartenstein unter Leitung des Vorstandes, Herrn G. Becker, mit 14 Fahrern den 2. Preis, bestehend aus einer in Silber getriebenen Plastik in Ebenholzrahmen. — Ferner erhielt bei der am Sonntag stattgefundenen Korsofahrt des Radfahrervereins zu Weibach der hiesige Radfahrverein Weiweiß den 4. Preis, bestehend in einer Weindöwe.

Schwarzenberg, 14. Juli.

Fortsetzung der Sängerkette. Wie wir hören, soll das Sängerkette am Sonntag, den 17. d. M., durch Veranstaltung eines großen Volksfestes Fortsetzung finden. Neben den bekannten Belustigungen aller Art wird eine 50 Meter lange Rodelbahn große Anziehungskraft auf groß und klein ausüben. Den Mittelpunkt dürfte aber der Aufstieg eines riesigen 700 cm hohen und bemalten Freiballons bilden. Ein derartiges Schauspiel ist im oberen Erzgebirge überhaupt noch nicht gegeben worden, weil die Fällung eines Ballons bisher Schwierigkeiten bot. Sie wird hier durch das ganz in der Nähe des Festplatzes befindliche neue Wasserstoff-Sauerstoff-Werk ermöglicht, die Fällung findet wahrscheinlich von vormittags 11 Uhr an statt.

Schöneheide, 14. Juli.

Jubiläum. Der Schuhmachermeister Gnüchel hier beging in feierlicher Frische und unter zahlreichem Ehrungen am Mittwoch sein 50jähriges Meisterjubiläum. Die hiesige Gesamtkonfession ließ durch eine Deputation ein kunstvoll angefertigtes Diplom überreichen.

Unfall. Auf dem hiesigen Schützenfestplatz fiel in einem Kinematographen ein Arbeiter so unglücklich von der Leiter, daß er sich einen komplizierten Beinbruch zuzog.

Gemeinderatsitzung zu Lauter.

In der am Montag abgehaltenen 11. öffentlichen Gemeinderatsitzung zu Lauter wurde Kenntnis genommen: a) von den Kassenabzählungen auf den Monat Juni 1910, b) vom Jahresbericht des Fürstenervereins für Taubstumme, c) von einer Verordnung des Ministeriums des Innern über redaktionelle Aenderungen des Nachtrages zum Biersteuerregulativ. Gegen die Vornahme dieser Aenderungen werden Bedenken nicht erhoben, desgleichen nicht von der Bewilligung einer Wegebaubehilfe für 1910. Zu den im September 1910 in der hiesigen Gegend stattfindenden Truppenübungen wird auch die Gemeinde Lauter mit Einquartierung belegt und zwar soweit bis jetzt feststeht: am 7. September mit 2 Offizieren, 62 Mann, 67 Pferden; am 8. September mit 12 Offizieren, 369 Mann, 73 Pferden und am 12. September mit 21 Offizieren, 533 Mann, 64 Pferden. Zur Belegung der Einquartierungsgeschäfte wurde ein Ausschuss gewählt, bestehend aus den Herren Gemeindevorsteher Schneider, Gemeinderatsmitglieder Alban Barth, Gustav Barth, Giebner, Trowitzsch und Weiß. Am 13. d. M. beginnt in Lauter ein Wanderkonkurs, zu dem sich 28 Teilnehmerinnen gemeldet haben. Mit dem in der Sache Geschehenen ist man einverstanden. Auf die Zufahrt des Sächsischen Landesauschusses für die internationale Reiseausstellung in Berlin im Jahre 1911 wurde beschlossen, eine ergiebige Weihnachtsfeier und hierzu gehörige geschnittene Figuren als Gegenstände der ergebirgischen Volkstanz für die Ausstellung anzubieten und eventl. auszustellen. Von der Zufahrt des Herrn Schuldirektor Uhlig, in der die Schaffung eines Kindergartens, einer Koch- und Haushaltungsschule, eines öffentlichen Lesezimmers, eines Schul- und Heimatkabarets, einer Klöppelschule, eines Sportplatzes für Jünglinge und von Sandspielplätzen für Kinder angeregt wird, wurde Kenntnis genommen. Den Anregungen — bis auf die Klöppelschule — steht man sympathisch gegenüber, doch vermag man im Mangel an Mitteln und geeigneten Räumen zunächst nicht allen diesen Fragen näher zu treten. Aus denselben Gründen ließ sich die bereits 1902 beschlossene Errichtung eines Heimatzimmers und die bereits 1907 beschlossene Er-

richtung eines Kindergartens bis heute nicht verwirklichen. Die Klöppelschule erscheint nicht notwendig, da seit einem Jahre Privatunterricht im Klöppeln hier erteilt wird, der sich in guten sachkundigen Händen befindet und der gut besucht ist. Als Sandspielplatz für Kinder soll veranschaulicht sofort der nicht vom Teich berührte Teil der unteren Schenkwiese eingerichtet werden. Auf die Verordnung des Ministeriums des Innern über das Wohnungswesen soll berichtet werden, daß hier besondere Maßnahmen nicht vorhanden seien, doch soll ein Wohnungs- und Schlafstellenverzeichnis im Gemeindeamte eingerichtet werden. Auf Vorschlag des Bauausschusses wurde beschlossen, die entbehrlichen Baugrundstücke zu verkaufen. Die Trennung der Sparkassenräume von den übrigen Kassenexpeditionen wurde beschlossen. Hierzu soll ein Umbau im Gemeindeamte vorgenommen werden. Für das von Herrn Adolf Hänel Nr. 87 zur Anlage eines Fußweges abgetretene Land bewilligt man 5 Mark für 1 qm. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Stimmen aus dem Publikum.

Die Reduktion dient zum Teil dem Wohlstand anderer Leute. Die Reduktion übernimmt heute nur die Preispolitik der Dienstleistungen.

Müheloser Gewinn.

Ihr gestriger Artikel Müheloser Gewinn nötigt zu einer Entgegnung. Sein Verfasser tritt für eine Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses ein. Er gibt damit zu, daß der Gedanke der Beteiligung der Allgemeinheit an der Wertsteigerung des Bodens eben mit Erfolg wenigstens nicht mehr zu bekämpfen ist. Aber er will keine Reichszuwachsteuer; sie soll, angeblich, den Gemeinden bleiben. Die reichsgefehlte Regelung an sich ist natürlich kein unbedingt bodenreformarisches Dogma. Aber das ist ja eben der Hauptvorteil des von der Reichsregierung vorgelegten Gesetzes, daß es einen wohlthätigen Zwang auf die Gemeinden ausüben will, den unverdienten Wertzuwachs als Einnahmegrunde für den Stadtsäckel heranzuziehen. Freiwillingig haben sich erst von 55500 Gemeinden 470 dazu entschlossen. Höchst merkwürdig! Worauf das liegt, das sagt eben das Flugblatt der Bodenreformer: Der große Einfluß kleiner, aber mächtiger Interessentengruppen verhindert in mancher Gemeinde die Annahme eines solchen Gesetzes. Wenn der Verfasser es ehrlich meint mit dem Gedanken der Zuwachsteuer, dann muß er für eine reichsgefehlte Regelung eintreten, weil damit erst die allgemeine Einführung der Steuer in den Gemeinden gesichert ist und erst dann jener Zustand aufhören wird, daß die eine Gemeinde besteuert, was die andere freiläßt. Heute sucht sich die Bodenreformulation die Orte aus, wo sie den günstigsten Boden findet, das heißt, sie wählt die Orte, die die Zuwachsteuer nicht haben, und die anderen straft sie mit Nichtachtung. Die Einführung der Steuer von Reichs wegen, unter Berücksichtigung der Einzelstaaten und Gemeinden bei der Verteilung des Ertrages, muß gerade in dieser Beziehung ausgleichend wirken. Es besteht keinerlei Grund, das Reich von einer Beteiligung an der Wertzuwachsteuer grundsätzlich auszuschließen. Das Reich hat durch seine gesamten Einrichtungen einen sehr wesentlichen Anteil an der Preissteigerung des Bodens. Auf die Höhe des Anteils sollte es im Augenblicke nicht so sehr ankommen. Die Hauptsache ist doch, daß der finanziell und volkswirtschaftlich gesunde Gedanke erst einmal zur allgemeinen Anerkennung und Durchführung gebracht wird.

Offenlich gehört der Verfasser des Artikels nicht zu den Anhängern auch jener vom Hansabund befolgten Politik, den populären Bedenken der Besteuerung des Wertzuwachses an sich (weil ausichtslos) nicht zu bekämpfen, dafür aber um so nachdrücklicher jede Einzelheit des Gesetzeswurfs, im angeblichen Interesse des Verkehrs, des Handels, Gewerbes und Mittelstandes. Der Zweck dieser Liebung konnte nur sein, eine Verzögerung der Verabschiedung des Gesetzes zu erreichen und damit Zeit zu gewinnen, die öffentliche Meinung von der Hauptsache abzulenken. Wenn der Hansabund das Gesetz als gegen die produktive Arbeit gerichtet bezeichnet, und wenn der Verfasser Ihres Artikels meint: Kein Verhändler könne es billigen, wenn die Bodenreformer die gesamte wertfähige Bevölkerung gegen die Bodenreformulation zum Kampfe aufrufen, so heißt das nicht nur die Dinge auf den Kopf stellen, sondern die ungeheuer wichtige Bodenfrage nicht vom Standpunkte der Allgemeinheit ansehen, sondern durch die sehr gefährliche Brille einiger weniger, aber sehr mächtiger Interessentengruppen.

Seite Zeitgenosse und Fernsprechmeldungen.

Zu der Ballontafel.

Rhin, 14. Juli. In Leichlingen herrscht allgemeine Trauer. Die Schulen sind geschlossen. Die gestrige Stadtratsitzung gestaltete sich zu einer Trauerkundgebung. Gestern nachmittag fand eine Trauerfeier der rheinisch-westfälischen Motorschliffgesellschaft statt. Auf dem Rathaus zu Leichlingen, ebenso wie auf der Ballonhalle wehen die Fahnen auf Halbmast. Einer der ersten Augenzeugen bestätigt, daß er zuerst einen kleinen Knall hörte, dem ein zweiter heftigerer folgte. Hieran schloß sich ein Knall. Er legte sich insoweit an die Unglücksstelle, wo er noch einen der Verletzten lebend vorfand, der aber auch nach kurzer Zeit verschied. Die übrigen Toten lagen in einer Nutflache unter dem zertrümmerten Ballon, während der Führer des Ballons, Fabrikbesitzer Erdshy, zwei Meter weit davon lag, so daß es der Eindruck machte, als ob er aus der Gondel gesprungen sei. Das Gehirn quoll aus den Schädeln der Verunglückten heraus. Diese Verletzungen können jedoch auch von den Projektilen herrühren, die sich noch in Bewegung befanden, als der Ballon bereits auf der Erde lag. (Siehe Artikel im Hauptblatt.)

Das Gordon-Bennet-Rennen verlag.

Rhin, 14. Juli. Die Ausschreibungsfahrt für das Gordon-Bennet-Rennen, die am 17. Juli von Geisenkirchen aus stattfinden sollten, wurden vom niederheinischen Verein für Luftschiffahrt infolge des Ballonunglücks bei Leichlingen in Uebereinstimmung mit der Sportkommission des Luftschifferverbandes auf unbestimmte Zeit verlag.

Das Schütte-Lanz-Luftschiff.

Mannheim, 14. Juli. Die Nachrichten auswärtiger Blätter, bei dem Luftschiff Schütte-Lanz habe sich ein Konstruktionsfehler herausgestellt, werden von dem Konstrukteur des Luftschiffes Professor Schütte als vollständig aus der Luft gegriffen bezeichnet. Die Versuche sollten im Juli beginnen, und zwar war die Wärfahrt vorhanden, sie mit halber Motorleistung auszuführen. Man ist aber hiervon abgesehen infolge des unglücklichen Wetters und infolge des Unfalls bei Leichlingen. Professor Schütte erklärte, daß es nicht werden wird, bis alle vier Motoren an Bord sind, was noch einige Zeit in Anspruch nehmen